

Calmer Tagblatt

Nr. 17

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Seite 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G. Pf., Neblanten 30 G. Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Montag, den 21. Januar 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 600 Milliarden Pf., wöchentlich. Postbezugspreis 600 Milliarden Pf. ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Zur Sachverständigenauschuss wurde von der Notwendigkeit gesprochen, Deutschland zur endgültigen Stabilisierung seiner Währung eine ausländische Anleihe von 1 Milliarde Goldmark zu gewähren. Die französischen „Sachverständigen“ haben genaue Anweisungen von Poincaré erhalten, damit sie sich gegen alle Beratungen und Beschlüsse wenden, die den französischen Standpunkt beeinträchtigen könnten.

Poincaré hat wieder einmal eine Rede gehalten, die zu den Gipfelleistungen seiner Heuchelei gehört. Er spricht davon, daß Frankreich seine imperialistischen Ziele verfolge, und daß es nur den Frieden wolle. — Aber was für einen!

Zwischen England und Frankreich werden wieder einmal Scheingeschichte inszeniert. Da England sich nicht auf den französischen Wunsch eingelassen hat, den Eisenbahnverkehr in der englischen Besatzungszone ebenfalls der Aufsicht der französisch-belgischen Eisenbahnregie zu überlassen, so haben die Franzosen beschlossen, den Verkehr nach diesem Gebiet möglichst abzusperren, um den Engländern Schwierigkeiten zu machen. Dagegen hat der englische Vertreter zur Untersuchung der Zustände in der Pfalz erklärt, daß die ganze Bewegung in der Pfälzer Bevölkerung keinerlei Anhang habe, woraus jetzt schon wieder gefolgert wird, daß ein Bruch zwischen England und Frankreich in nächster Nähe gerückt sei.

Es ist daher ein verdienstliches Werk des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Dr. Höfle, daß dieser in einer Zentrumsversammlung den Standpunkt vertreten hat, daß wir auf eine Unterstützung Englands, selbst unter einer Arbeiterregierung, nicht hoffen dürfen.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Vom Sachverständigenauschuss.

Paris, 20. Jan. Ueber die gestrigen offiziellen Verhandlungen zwischen Mitgliedern des Sachverständigenkomitees will die „Chicago Tribune“ erfahren haben, daß die Sachverständigen als Grundlage ihrer Beratungen die sogenannten technischen Studien der Belgier benutzten, die bekanntlich seinerzeit einem Unterausschuss der Reparationskommission zugewiesen wurden. Es habe sich nun herausgestellt, daß angesichts der völligen Veränderung der Währungsverhältnisse in Deutschland die belgischen Vorschläge einer umfassenden Revision bedürften. Die Sachverständigen hätten die Entnahmen aus den deutschen Eisenbahnen, gewissen Elektrizitätswerken, aus der Tabak- und Alkoholfsteuer und alle Quellen zu schätzen versucht, die für die Begleichung der Reparationen Verwendung finden könnten. General Dawes sei, wie verlautete, für die Fortsetzung der Arbeiten in Berlin in einem möglichst nahen Zeitpunkt. Das würde die Revision der belgischen Pläne fördern. Das Sachverständigenkomitee soll nach dem Blatt weiter der Auffassung sein, daß eine ausländische Anleihe und zwar in Höhe von einer Milliarde Goldmark genügen werde, die deutsche Währung endgültig zu stabilisieren. Nach Ansicht der amerikanischen Sachverständigen schreiten, wie die „Chicago Tribune“ zu wissen behauptet, die Arbeiten zu langsam fort. Dem „Newport Herald“ zufolge wird vielfach erwartet, daß die Besprechungen mit Dr. Schaacht zu der Frage führen werden, wie weit das Sachverständigenkomitee in der Aufstellung seines künftigen Arbeitsprogramms gehen könne. Poincaré habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß er den französischen Sachverständigen gewisse Instruktionen erteilt habe. Im Gegensatz zu den Amerikanern seien also die französischen Sachverständigen nicht unabhängig von ihrer Regierung, deren erste Forderung darin bestehe, daß der größere Teil jeder internationalen Anleihe zur Stabilisierung der deutschen Währung für die Reparationszahlungen und nicht für die beabsichtigte neue deutsche Notenbank Verwendung finden müsse, und deren zweite Forderung sei, daß die von den Franzosen und Belgiern zur Zeit ausgeübte Kontrolle der Ruhrindustrie als vollendete Tatsache hingenommen werden müsse, wobei nur die militärische Besetzung sobald wie möglich eingeschränkt werden solle.

Der deutsche Reichsbankpräsident heute vor dem Sachverständigenauschuss.

Paris, 19. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schaacht und Regierungsrat Meyer von der Kriegslastenkommission werden am Montag, den 21. Januar, 3 Uhr nachmittags, vor dem ersten Sachverständigenauschuss gehört werden.

Deutschland zahlt alles!

Paris, 21. Jan. Der „Temps“ ist der Ansicht, daß Frankreich die Initiative zu neuen Verhandlungen über die Kriegsschulden ergreifen sollte. Es solle nach dem Beispiel Englands zunächst einmal mit den Vereinigten Staaten Fühlung nehmen. Zunächst müsse der Gesamtbetrag der amerikanischen Forderungen festgesetzt und dann über die Grundlagen einer Regelung verhandelt werden. Die tatsächliche Zahlung müsse natürlich von der Zahlung Deutschlands abhängen.

Erpressungsversuche der französischen Eisenbahnregie gegenüber den englischen Besatzungsbehörden.

Paris, 20. Jan. Havas teilt offiziös mit, daß zu den Nachrichten, über die zwischen der französisch-belgischen Eisenbahnregie und den englischen Behörden der Kölner Besatzungszone entstandenen Schwierigkeiten erklärt werde, die britische Regierung habe es in der Tat abgelehnt, sich mit der Regie über die englische Zone zu verständigen, was für deren Handel und namentlich für den von Köln eine beträchtliche Erschwerung darstelle. Da diese Haltung der englischen Behörden die Regie verhindere, die durch die Kölner Zone gehenden Strecken für den Verkehr zu verwenden, habe sich als nötig herausgestellt, Maßnahmen zu treffen, die die Konzentration des Regieverkehrs auf den übrigen Strecken ermögliche. Eine endgültige Entscheidung sei jedoch anscheinend noch nicht getroffen. — Nach einer Meldung der gleichen Agentur aus Mainz über die Benützung der Strecke Neuß-Düren-Euskirchen-Bonn zur Umgehung der englischen Zone nimmt dieser Verkehr sämtliche auf den Bahnhöfen der fraglichen Strecke zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch, sodaß die Einrichtungen für einen erheblichen Austauschverkehr mit der Kölner Zone nicht mehr verfügbar seien. Um Verstopfungen zu vermeiden, habe daher die Regie den Austausch mit der Kölner Zone auf ein Minimum einschränken müssen. Und das werde leider nicht besser, ehe nicht der Regie die Möglichkeit gegeben sei, die Strecken der englischen Zone genau so zu benutzen, wie sie die deutsche Verwaltung benutzt habe.

London, 21. Jan. In Blättermeldungen aus Köln heißt es, die französische Regie habe den britischen Behörden den Krieg erklärt durch die Verhängung einer Blockade gegen alle Einfuhr, ausgenommen Lebensmittel und Militärtransporte. Dies stelle eine unverhohlene Anstrengung dar, den Handel und die Industrie auszuhungern, damit sich Widerstand gegen die feste britische Haltung bezüglich der Verwallung der Eisenbahn erhebe. Die Frage entstehe jetzt, ob britische Kohlen noch länger nach der französischen und belgischen Zone gefahren werden sollten, solange die Blockade andauere.

Die Verkehrsstockung im Ruhrgebiet.

Köln, 19. Jan. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Essen: Schon seit Anfang Januar wurde aus zahlreichen Orten des Ruhrgebiets ein starker Wagenmangel gemeldet, der in vielen Fällen zur Einlegung von Feierschichten Anlaß gab. In der letzten Zeit hat sich die Lage derart verschärft, daß die meisten Zechen gezwungen sind, wiederholt Feierschichten einzulegen oder die Arbeiter vorzeitig ausfahren zu lassen. Es drohen ernste Verwicklungen, wenn dem Uebelstand nicht in aller Kürze abgeholfen werden kann. — Das ist der „Erfolg“ der französischen Eisenbahnregie.

Der englische Vertreter über die „separatistische“ Bewegung in der Pfalz.

Berlin, 19. Jan. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat der englische Generalkonsul Clive Pressevertretern gegenüber den Gesamteindruck seiner Untersuchungen dahin zusammengefaßt, daß die sogenannte „autonome Regierung“ mehr als 90 Prozent der Bevölkerung gegen sich habe und daher auf die Dauer nicht zu halten sei. Die Vertreter der Bevölkerung hätten trotz der französischen

Begleiter des Generalkonsuls mit Mut und Offenheit einmütig erklärt, daß sie die separatistischen Bestrebungen verurteilten und am Reich und an Bayern festhalten wollten. Auch die Vertreter der pfälzischen Bauernschaft hätten sich einmütig gegen die Separatisten ausgesprochen, ihre Mitglieder dürften sich nicht an der Bewegung beteiligen.

Wieder einmal das Gespenst der englisch-französischen „Gegenläge“.

London, 19. Jan. „Daily News“ zufolge droht die Gefahr der englisch-französischen Beziehungen akut zu werden, wenn der Bericht Clives über die separatistische Frage in der bayrischen Pfalz, wie erwartet werde, am Montag in London eintreffe. Dem Koblenzer Berichterstatter des Blattes zufolge, wird sich der Bericht Clives sicher gegen die französische Behauptung wenden, daß die separatistische Bewegung ein spontaner Ausdruck des Willens der dortigen Bevölkerung sei. Dem Berichterstatter zufolge wird anscheinend der französische Beamte, der Clive begleitete, einen eigenen Bericht veröffentlichen.

Auch die Kommunisten gegen die Abtrennung der Pfalz.

Neustadt a. S., 18. Jan. Auf Veranlassung des separatistischen Bezirkskommissars Gabriel sollte hier in einer Erwerbslosenversammlung öffentlich für den Separatismus Stimmung gemacht werden. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, jedoch fast ausschließlich von Gegnern der Sonderbündler. Den Ausführungen des Referenten, des übel beleumundeten Erwerbslosenhäuptlings und Organizers der 10-Männerdemonstration in Ludwigshafen, Kunz, trat der Vorstand der kommunistischen Partei der Pfalz, Kumpf, entgegen. Stadtrat Kumpf warf dem Kunz vor, daß er im Dienste des französischen Kapitalismus und Imperialismus stehe. Von den Kommunisten wurde dann eine Entschliefung eingebracht und einstimmig angenommen, die besagt, die kommunistische Arbeiterschaft der Pfalz spreche sich gegen die Abtrennung der Pfalz vom deutschen Wirtschaftsgebiet aus und lehne jede Bildung eines selbständigen Staates ab. Sie lehne ferner die autonome Regierung der Pfalz ab und erkläre, daß sie mit den Brüdern jenseits des Rheins auf Gedeih und Verderb verbunden bleiben wolle.

Poincaré der Phariseer.

Paris, 20. Jan. Ministerpräsident Poincaré beschränkte sich in seiner Rede, die er heute zur Einweihung eines Kriegerdenkmals im 7. Pariser Arrondissement hielt, im wesentlichen auf lokale Kriegererinnerungen. Am Schluß betonte er, Frankreich wünsche friedlich seiner Arbeit nachzugehen. Wenn es für die Beobachtung der Friedensverträge und die Aufrechterhaltung der in ihnen festgelegten Rechte eintrete, so wolle es damit die allgemeine Eintracht verteidigen. Frankreich wünsche unter dem Schutze des beschworenen Vertrages in Sicherheit zu leben und die Schäden, die es durch den Krieg erlitten habe, wieder gutzumachen. Keine politische Hege, kein Finanzmanöver, kein Druck des Auslandes werde diese Stimme des Gewissens ersticken. Frankreich sei keine von imperialistischem Wahnsinn erfüllte Macht, die nach fremdem Gut trachte (!). Es wünsche das Glück der anderen Völker und zwar nicht nur das seiner Alliierten, sondern auch das seiner ehemaligen Feinde (!), vorausgesetzt, daß sie ihre Vergangenheit ausmerzten und sich besserten. Frankreich sei bescheiden. Es wünsche nichts weiter, als daß es von niemand um das gebracht werde, was ihm versprochen worden sei, und daß es nicht wieder von seinen Nachbarn an der Kehle gepackt werde.

Das Zentrum zur Außenpolitik.

Berlin, 21. Jan. Gestern vormittag begann im Reichstage die Tagung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei. Reichsanstatter Dr. Marx begrüßte die zahlreich aus dem gan-

den Kette ermittelten Vertreter und besprach dann die Stellungnahme der Reichsregierung zur inneren und äußeren Politik. Der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Höfle, gab einen Ueberblick über die Lage an Rhein und Ruhr und in der Pfalz. Besonders eingehend behandelte er die Frage des Separatismus, der Rheinischen Goldnotenbank usw. und kam zum Schluß zu dem Ergebnis, daß Deutschland versuchen müsse, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen, um einen modus vivendi zu erlangen, und daß Deutschland sich davor hüten müsse, Hoffnungen auf England und die dort zur Regierung gelangende Arbeiterpartei zu setzen. Diese Ausführungen fanden bei der Diskussion lebhaft Zustimmung, die in einer Resolution über die Außenpolitik zum Ausdruck kam.

Zur auswärtigen Lage.

Verhandlungen über eine russisch-polnische Eisenbahnkonvention.

Warschau, 19. Jan. Den Blättern zufolge schlug Rußland Polen eine Eisenbahnkonvention vor. Die Verhandlungen sollen Ende Februar in Warschau beginnen.

Auch ein französisch-südslawisches Bündnisabkommen.

Paris, 19. Jan. Das „Deuvre“ weist darauf hin, daß neben dem Abkommen mit der Tschekoslowakei Frankreich einen ähnlichen Vertrag mit Südslawien zu schließen beabsichtige, der auf der Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad zur Besprechung kommen solle. Diese Nachricht, die bereits einmal dementiert worden sei, habe gestern eine offizielle Bestätigung erfahren. Die zur Zeit über das französisch-südslawische Abkommen geführten Verhandlungen würden als eine Fortsetzung der durch den Krieg unterbrochenen früheren Verhandlungen hingestellt. Sie würden beim Besuch des serbischen Königs paares im April dieses Jahres endgültig zum Abschluß kommen.

Amerikanisches Eingreifen in Mexiko

Washington, 21. Jan. Ein amerikanischer Kreuzer und 6 Zerstörer, die sich gegenwärtig in den Gewässern von Panama aufhalten, haben den Befehl erhalten, nach Betacruz abzufahren.

Washington, 21. Jan. Das Hydrographische Amt der Vereinigten Staaten gibt bekannt, daß von den mexikanischen Aufständischen in dem Hafen von Salacruz Minen gelegt worden sind und daß die Aufständischen beabsichtigen, andere Häfen, die sie besetzt halten, ebenfalls durch Minen zu sperren.

Japanische Anleihe in Amerika.

Paris, 19. Jan. Havas meldet: Vertreter der japanischen Regierung und New Yorker Banken verhandeln über eine Anleihe, deren Höhe nicht angegeben ist.

Deutschland.

Ein Antrag der bayrischen Volkspartei auf Volksabstimmung.

München, 20. Jan. In dem von der Bayerischen Volkspartei dem Ministerium des Innern überwiesenen Volksbegehren wird verlangt: 1. Sofortige Auflösung des Landtages, 2. daß in dem ersten Halbjahr 1924 der neu zu wählende Landtag ermächtigt sein soll, das Gesetz zur Umgestaltung der bayrischen Verfassung mit einfacher Stimmenmehrheit zu beschließen.

Zum Hochverratsprozeß Hitler.

München, 10. Jan. Zum Hitlerprozeß äußerte Oberstaatsanwalt Aulz zu Pressevertretern, die Anklage gegen die neun führenden Persönlichkeiten laute auf vollendeten Hochverrat. Der Prozeß werde bis zum 1. April zum Abschluß kommen müssen, da mit diesem Tage die Volksgerichte aufgehoben würden. Er werde öffentlich geführt, soweit das Staatsinteresse es zulasse. Raß, Loffow und Seißer würden von den zuständigen Stellen vom Amtsgeheimnis entbunden werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. Januar 1924.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß G ö h n e r fand am Donnerstag mittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Der Vorsitzende gab vor Eintritt in die Tagesordnung einen Bericht über den Unglücksfall im Rötelsbachweg. Er gab seinem Bedauern über den Unfall Ausdruck, der zwei Menschen das Augenlicht gefährdet habe. Ein Bericht des Stadtbaumeisters Sch ö t t l e gibt folgende Darstellung des Unglücksfalls: Beim Ausbau des Holzabfuhrwegs im Rötelsbachweg wurde die Befestigung mehrerer Felsblöcke notwendig, die je nach Beschaffenheit durch Hammer und Meißel oder aber durch Sprengung erfolgte. In einem größeren Felsblock war am Freitag, den 11. Januar 1924 nachm. gegen ¼ 4 Uhr ein ca. 120 cm tiefes Sprengloch gebohrt, welches in meinem Beisein mit 3/4 Bohrpatronen von Sicherheitsprengstoff geladen wurde, d. h. es kamen zuerst 1/4 Sprengpatrone, dann 1 Patrone mit der Sprengkapsel und Zündschnur, darauf noch eine weitere Sprengpatrone. Das Bohrloch wurde dann mit Erde abgedämmt. Maurermeister M ü l l e r brachte die Zündschnur in Brand. Die

Sprengung kam jedoch nicht zur Explosion. Müller entfernte mit dem Bohrlopfel ca. 50 cm der Verdämmung, wobei festgestellt wurde, daß die Zündschnur durchgebrannt war. Da keine weitere Zündschnur an der Baustelle war, mußte die Entzündung der Sprengladung auf den folgenden Tag verschoben werden. Am Samstag, den 12. Januar 1924, waren die Arbeiter B u l l i n g e r und S t o k a l t mit der Entfernung der Verdämmung der Sprengladung beschäftigt, die mit dem Bohrlopfel und Wasser erfolgte. Maurermeister M ü l l e r kam kurz vor dem Unglücksfall, als S t o k a l t mit neuer Zündschnur von der Stadt kam, zu B. und St. alt, und sagte zu ihnen, als er durch die gelbe Farbe am Bohrlopfel sehen konnte, daß die Verdämmung beseitigt war: „Ihr seid ja schon auf dem Pulver, jetzt langt's.“ Müller ging sodann weiter, um nach seinen etwas oberhalb arbeitenden Leuten zu sehen, und stand ca. 10 m von der Unfallstelle, als plötzlich die Sprengladung explodierte. Bullinger hat aus mir unerklärlichen Gründen nachträglich mit dem schweren Steinbohrer in das Bohrloch gestochen, und dabei sicher die Sprengkapsel getroffen. B. und St. jg. wurden in die Luft geschleudert, während St. alt auf die Seite geworfen wurde. Die 3 Verunglückten wurden sofort nach der Baumwollspinnerei Kentsheim gebracht, von wo aus sie jogleich mit Auto nach dem Bezirkskrankenhaus Calw geführt wurden. — Nach den Mitteilungen vom Krankenhaus läßt sich über den Zustand der Verletzten noch nichts genaues sagen; bei Bullinger sollen beide Augen gefährdet sein, bei Stok jung scheint die Verletzung doch nicht so schwer zu sein, als anfänglich angenommen wurde. Stadtbaumeister Sch ö t t l e teilte noch Einzelheiten über den Unfall mit. Demnach habe Stok alt den Bullinger zur Vorsicht beim Bohren ermahnt. Bullinger habe aber mit einem Hammer noch auf den Steinbohrer geschlagen, wodurch wahrscheinlich die Sprengkapsel zur Explosion gebracht worden sei. Sowohl Stadtbaumeister Sch ö t t l e wie der Vorsitzende betonten, daß die bei den Sprengungen verwendeten Arbeiter, sowohl Bullinger wie die beiden Stok, mit solchen Arbeiten vertraut waren und sie schon mehrfach durchgeführt hatten. G. R. P f e i f f e r beanstandete, daß die Zündschnur nicht untersucht worden sei, und daß sich der Aufsichtsbeamte vor der Sprengung entfernte. Der Vorsitzende erwiderte darauf, daß der Aufsichtsführende ja zu Bullinger gesagt habe „jetzt langt's“, daß er also angenommen habe, die Sprengung werde so vorgenommen. (Übrigens wird, wie uns vom Stadtbauamt mitgeteilt wird, bei jeder Zündung die Zündschnur äußerlich auf ihre Güte geprüft, jedoch kommt es öfter vor, daß der Zündschuß in der Zündschnur nicht immer zusammenhängend ist, wodurch das Durchschlagen des Funkens verhindert wird.) Auf die Anfrage von Gemeinderat Sch ö t t l e, ob eventuell die Stadt an den Kosten des Unfalls mitzutragen habe, antwortete der Vorsitzende verneinend; für Regietiefbauarbeiten habe die Amtskörperschaft die Stelle der Berufsgenossenschaft übernommen. — Nicht beanstandet wurde das Gesuch von Schreinermeister D a l c o i m o um Genehmigung des Baus eines Schweine- und Ziegenstalls hinter seinem Wohngebäude. Auch das Dispensationsgesuch bezüglich des zweistöckigen Anbaus hinter seinem Hause — genehmigt war nur ein Stodwerk — soll befürwortend weitergegeben werden. — Das von Architekt Hauser vorgelegte Projekt einer Schlaguhr für das neue Schulhausgebäude hat nach Mitteilung des Vorsitzenden in der Schulhausbaukommission keine große Gegenliebe gefunden, weil es sich nach Ansicht der Mitglieder der Kommission nicht organisch an den Bau anpaßt. Vorgelesen war die Verwendung der alten Krankenhaushuhr mit Zifferblatt und zwei seitlich sichtbar angebrachten Glocken. In der Kommission war besonders auch die Frage aufgeworfen worden, ob es überhaupt notwendig sei, am Schulhaus eine Uhr, die nur von sehr wenigen Stellen der Stadt aus sichtbar sei, anzubringen. Allerdings vermissen die Bewohner des äußeren (südlichen) Stadtteils den Schlag der früheren Krankenhaushuhr. Am nun dem Bedürfnis dieses Stadtteils entgegenzukommen, wurde vorgeschlagen, die Uhr der katholischen Kirche anzubieten, wenn diese die Kosten der Aufstellung wie die der Unterhaltung trage. Auf Befragen hat sich der katholische Kirchengemeinderat bereit erklärt, unter diesen Bedingungen die Uhr zu übernehmen. In der Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß die Ausführung des Projekts für die Schule den Eindruck auf den Gesamtbau stören würde; auch ein Glockentürmchen wäre nicht passend. Dagegen machten sich anfangs gegen den Plan, die Uhr für den Turm der katholischen Kirche zur Verfügung zu stellen, Bedenken geltend in der Richtung, daß man den Schlag nicht weit hören werde. Andererseits wurde aber auch bemerkt, daß es eine gute Sitte sei, wenn Uhren an den Kirchtürmen angebracht würden; hier seien besondere Vorteile damit verbunden, weil man die Uhr aus dem Gang zum Bahnhof sehen könne. Den Glockenschlag würde man sicherlich bis zur Waldhornbrücke hören. Gerade der Vorprung des Schulhausplatzes dürfte dann die Schallgrenze für die beiden Schlaguhren der evangelischen und katholischen Kirche bilden. Mitbestimmend für die Entscheidung war auch die Ansicht von Professor R a i s e r, daß vom Standpunkt der Schule eigentlich eine Schlaguhr am Schulhaus nicht erwünscht sei. Die Nähe der Uhr der evangelischen Kirche genüge doch vollkommen. Auf Grund der Aussprache erklärte sich das Kollegium mit dem Vorschlag der Anbringung der Uhr an der katholischen Kirche einverstanden. Gewünscht wurde auch die Anbringung von Zifferblättern nach 3 Seiten (mit Ausnahme der Bahnhofsseite); auch soll dann mit der Leitung der Spöhrerschen Höheren Handelsschule verhandelt werden, damit die dortige Schulglocke künftig in Wegfall kommt. — Der Pachtzins für die gesamte städtische Jagd für 1923/24 wurde auf 250 Goldmark festgesetzt. Das Pachtgeld betrug in den letzten Pachtzeiten der Friedensjahre 480, 600 und 320 Mark. Da es sich um das letzte Jahr des Pachtvertrags handelt, und da der Staat etwa 80 Prozent des Friedensbetrags ansetzt, so wurde die obengenannte Summe als angemessen erachtet. — Die eigentliche Bewirtschaftung der Brennholzversorgung hat aufgehört. Jedoch ist jeder Waldbesitzer

durch schriftliche Auflage des Landesbrennstoffamts zur Abgabe von Brennholz an irgend eine der Holzbedürftigen Gemeinden des Landes verpflichtet. Dieses Jahr handelt es sich also um eine Fernversorgung, die teils auf Staatswald, teils auf Körperschafts- und teils auf Privatwald gestellt ist; die Brennholzversorgung muß also durch Privataufkauf noch ergänzt werden. Gemeinden können Lieferungsverträge abschließen. Der Gemeinde Calw sind 800 Meter Brennholz zugewiesen worden. Wenn die Stadt dieses Quantum nicht erhält, so ist sie nicht in der Lage, eine Verteilung an die Bevölkerung auch nur von 1 Km. pro Familie vorzunehmen. Nach den Beschlüssen des Gemeinderats vom Oktober vorigen Jahres war das zur Verteilung vorgesehene Laubholz um 6 M., das Tannenholz um 4 M. hergezogen worden. Der Staat verkauft jetzt aber Nadelholzscheiter zu 8.50 M., Nadelholzprügel zu 6.80 M., Laubholzscheiter zu 9.60 M., Laubholzprügel zu 7.80 M. Da nun die Stadt bei Versorgung der Bevölkerung auf die Lieferung von staatlichem oder anderem im Werte gleich hochstehenden Holze angewiesen ist, so schlug der Vorsitzende vor, das nächste zur Ablieferung kommende städtische Holz zu denselben Preisen zu verkaufen, denn die nachfolgenden Bezieger müßten auch von auswärts geliefertes teureres Holz samt hohen Zufuhrkosten bezahlen. Weil aber die Familien mit den Anfangsbuchstaben R—Z schon zu den billigen Preisen beliefert worden waren, so erhob sich die Frage, ob diese Abnehmer nachzahlen sollen, oder ob man auf Kosten der Stadt auch den anderen Abnehmern das Holz zum selben Preise geben solle. Dagegen wurde aber geltend gemacht, daß gerade die Abnehmer von R—Z in den letzten Jahren dadurch, daß sie immer zuletzt beliefert worden sind, regelmäßig mehr oder weniger große Nachteile sowohl bezüglich der Befuhr wie der Qualität des Holzes gehabt hätten, daß sie also wohl auch einmal einen Vorteil haben dürften. Auch seien Ende des vorigen Jahres 6 und 4 Goldmark noch mehr wert gewesen als heute. Das schon beigegeführte Holz wird für die Minderbemittelten zurückbehalten, Holz für Gewerbetreibende wird nicht mehr durch Verteilung abgegeben. Das Kollegium erklärte sich schließlich mit diesen Vorschlägen einverstanden. Auf die Anfrage von G. R. M a y, ob diejenigen, die infolge der großen Kälte der letzten Wochen ihre Holzvorräte aufgebraucht hätten, nicht von der Stadt einen Raummeter zugewiesen erhielten, antwortete der Vorsitzende, daß in solchen Fällen Holz zugewiesen werde, nachdem man sich überzeugt habe, daß tatsächlich kein Heizmaterial mehr vorhanden sei. Der Vermögensstand der Geschäfte könne dabei natürlich nicht untersucht werden. Das in der Stadt lagernde Holz werde ebenfalls nicht abgegeben, sondern Holz aus dem Stadtwald. Gesuchsteller, die schulhaft ihr Holz zu rasch verbraucht oder verkauft haben, erhalten kein Holz. Der städtischen Waldarbeitern wird, ähnlich wie beim Staat, ein Flächenlos von 50—60 Wellen zugewiesen. — Das Gelände an der Stammheimer Steige hat keine besondere Entwässerung. Die Entwässerung geschieht nur behelfsmäßig dadurch, daß von Zeit zu Zeit eine Ausleer erfolgt. Das gesammelte Wasser wird auf die Wiesen östlich geleitet. Infolge des Baus von Häusern wurden verschiedene Stellen weggenommen. Bei starkem Regen oder bei Tauwetter hat es nun Anstände dadurch gegeben, daß die Anlieger, um ihre Grundstücke von allzustarker Wasserzuleitung zu befreien, die Dämme durchstochen und so das Wasser in die Straße geleitet haben. Nach dem Wasserbaugesetz ist ein solches Vorgehen jedoch strafbar. Um in der Angelegenheit Ordnung zu schaffen, wird die Stadt beim Grundbuchamt die Eintragung einer Grundbuchdienstbarkeit für die von jeher vorhandene Last der Ableitung des Wassers auf die Grundstücke der Anlieger beantragen. — Der Antrag des Bauwerkmeisters A l b e r auf Zuführung elektrischen Stroms zu seinen beiden Wohnhäusern am Hirsauer Weg wurde genehmigt. Auch soll im Hirsauer Weg an dem größeren Wohngebäude der Deckenfabrikanten, das von den Familien H e i l e m a n n und K r e b s e r bewohnt wird, eine elektrische Lampe angebracht werden.

Die Stellung der Reichsbahn im Staats- und Wirtschaftsleben.

Ueber die Stellung der Reichsbahn im Staats- und Wirtschaftsleben sprach am Freitag nachmittag vor den Beamten des hiesigen Bahnhofs und der benachbarten Stationen der Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Württemberg-Hohenzollern, Herr F. S e i k. Anknüpfend an die einschneidenden Folgen, die mit der Einführung der Rentenmark und der Verjüngung der Reichsbahn am 15. November 1923 verbunden sind, gab der Vortragende in großen Zügen ein Bild von der Entwicklung der deutschen Staatsbahnen, ihrer schwersten Beanspruchung im Weltkrieg und ihrer furchtbaren Belastung durch den Versailler Vertrag und die Währungszerstückelung. Nach kritischer Beleuchtung der neuerdings ergauckelten Privatisierungspläne sprach er dann eingehend über die wirtschaftlichen, kulturellen und staatspolitischen Zukunftsaufgaben, die der Reichsbahn in den nächsten Jahren bevorstehen, und betonte vor allem ihre außerordentliche Bedeutung als Band der Reichseinheit. Zum Schluß besprach er die besonderen Pflichten der Beamten, die für weite Volkskreise neben dem Steuereinzähler geradezu die Repräsentanten des Staates seien, und deren persönliches Verhalten deshalb vorbildlich und erzieherisch im Sinne eines entwicklungsbewußten Staatsbürgertums wirken müsse.

Die württ. Regierung und das Geldwesen.

(EGB.) Stuttgart, 18. Jan. Auf die Kleine Anfrage des Abg. Ströbel hat das Staatsministerium geantwortet, daß es die Absicht habe, die Zuständigkeit zur Behandlung des Geldwesens einschl. der Frage der Währung und des Zahlungsmittelverkehrs in Wälde neu zu regeln und zwar sobald sich die aus der Staatsvereinfachung und dem Beamtenabbau ergebenden Fragen in ihrer Lösung übersehen lassen.

haben. Die Prägekosten für 150 Mill. Rtm. werden unter Zugrundelegung der augenblicklich projektierten Stückelung tatsächlich auf nur 30 Mill. geschätzt, demnach der Prägegewinn auf 120 Mill. Rtm. Die amtlichen Kreise nehmen nicht an, daß die Ausprägung sehr schnell an diese Grenze heranrückt, denn es muß doch auch die jeweilige Aufnahmelust des Verkehrs und die Konkurrenz der gewissermaßen denominierten Reichsbanknoten berücksichtigt werden. Dies besonders dann, wenn die Papiermark weiter gut am Leben erhalten werden sollte, oder wenn etwa neue Schritte im Geldwesen überhaupt geschehen. Anscheinend macht man sich auch keine Sorgen hinsichtlich einer Inflationswirkung, weil (heute schon) ein ernsthaftes Bedürfnis nach genügend kleineren, handlichen Abschnitten als 1 Rentenmark nicht zu leugnen sei und weil andererseits die Unterschreitung der Einmark-Grenze in der Notenherstellung unerwünscht sein würde. Festgehalten zu werden verdient, daß die Rentenbank von ihrem ursprünglichen Wunsch, die Münzprägung möge nicht über 60 Millionen Rentenmark hinausgehen, abgelenkt ist, und daß sie der Regierung jetzt die 2 1/2 Mill. Rtm. pro Kopf konzediert hat, obwohl die Ausprägung nicht, wie früher berichtet, für Rechnung des Rentenbankkontingentes und auf Kosten des Reiches, sondern ausschließlich auf Kosten des Reiches und des Reichskreditwesens geschieht. Damit sollte es nun aber genug sein, ohnehin wird man wegen der Gefahr der Hamsterung nicht wagen, in absehbarer Zeit zur Silberausprägung in diesem oder einem anderen Geldsystem überzugehen."

Märkte.
(SGB.) Altensteig, 19. Jan. (Viehmarkt.) Zufuhr: 5 Paar Ochsen und Stiere, davon 3 Paar verkauft, 7 Stück Jung- oder Schmalvieh, verkauft 1 Stück. Ochsen und Stiere galten 1000-1200 M pro Paar, Jungvieh 395 Mark das Stück. Läufer Schweine waren 67 Stück und Milchschweine 14 Stück zugeführt, von denen 34 bzw. 12 Stück Absatz fanden. Läufer Schweine galten 30-50 M pro Paar, Milchschweine 24-30 M.

Schweinemärkte.
In Besigheim kostete ein Milchschwein 9-12, ein Läufer Schwein 55 M. — In Blaubeuren wurden sämtliche zugeführten 150 Milchschweine verkauft zum PaarpPreis von 24-45 M. — In Crailsheim waren 46 Läufer- und 529 Milchschweine zugeführt. Der Preis für ein Paar Milchschweine betrug 20-46 M, für ein Paar Läufer Schweine 40-90 M. — In Dinkelsbühl wurden für das Paar 6 Wochen alte Schweine 20-44 M bezahlt. — Der Markt in Güglingen war mit 70 Milch- und 36 Läufer Schweinen besetzt. Verkauf wurden 60 Milchschweine, das Paar zu 14-22 M, 15 Läufer, das Paar zu 35-70 M. — In Rottweil waren 102 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurde pro Paar 25-35 M.

— In Winnenden wurden für Milchschweine 15-20 Mark, für Läufer 50-60 M pro Stück bezahlt.
(SGB.) Mergentheim, 19. Jan. Dem Schweine markt wurden 169 Milch- und 5 Läufer Schweine zugeführt. Die Preise bewegten sich von 20-40 M für Milchschweine, für Läufer von 75-90 M für das Paar.
(SGB.) Künzelsau, 19. Jan. (Schweinemarkt.) Die Zufuhr betrug 196 Milch- und 5 Läufer Schweine, von von ersteren 180 zum Preis von 20-44 M das Paar und von letzteren 5 zum Preise von 69 M das Paar und 90 M per 3 Stück verkauft wurden.

(SGB.) Heidenheim, 20. Jan. Die Wiedereröffnung der hiesigen Schranne fand großen Anklang. Sehr viele Landwirte der Umgebung haben Frucht herbeigeführt und Kauflustige waren in Mengen da. Bei der Wiedereröffnung von zwei Jahren kam weder ein Verkäufer noch ein Käufer.

Die hiesigen Kleinhandelspreise werden (schwierig) nicht an den Werten und Preisen der Großhandelsmärkte gemessen, da sie noch die sog. wirtschaftlichen Vorteile in sich fassen. D. Schrift.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selman, Calw.
Druck und Verlag der U. Celschönderschen Buchdruckerei Calw.

Forstamt Stammheim.
Stein-Akkord.
Am Mittwoch, den 23. Januar 1924, nachmittags 4 Uhr, im „Waldborn“ in Stammheim wird die
Lieferung und Beifuhr
von 104 cbm Kalksteinen
auf die Staatswaldwege vergeben.

Kaufstelle der landwirtschaftlichen Genossenschaften U.-G.
Lagerhaus Wildberg.
Fernsprech-Nummer 30.
Bestellungen auf
Saat-Kartoffeln
werden im Lagerhaus entgegengenommen. Zweckes rechtzeitiger Belieferung wollen die Bestellungen möglichst rasch eingereicht werden.

Schmieh.
Ich suche zu kaufen
Papierhölzer
entriindet und unentriindet, in Tanne und Fichte, sowie
Brennholz
jeder Art gegen sofortige Kasse.

Ab Dienstag, den 22. ds. Mts. steht ein frischer Transport
erstklass. Belgier-Pferde



schwersten und mittleren Schlags, im Alter von 4 und 5 Jahren, in meiner Stallung wozu ich Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einlade.
August Nonnenmann, Pferdehdlg.
Pforzheim-Dillstein. Fernsprecher Pforzheim 1197.

Bekleidung
Ausstattung
Paul Röchle, Calw.

Am Freitag, den 18. Januar verstarb
Herr Emil Bockhardt
Badebesitzer in Bad Teinach.
Seit der Gründung unserem Unternehmen als Aktionär angehörend, hat er sich durch seinen lautereren Charakter, sein lebenswürdiges Wesen und seine stete Hilfsbereitschaft unsere Achtung und Freundschaft erworben.
Sein Andenken werden wir stets bei uns bewahren und die Erinnerung an ihn, als einen fleißigen, pflichttreuen Mann wird in uns fortleben.
Aufsichtsrat, Vorstand und Angestellte der
Orientteppichknüpferei Gebr. Klein U.-G.
Bad Teinach.

Bez.-Wirts-verein Calw
Am Dienstag, den 22. ds. Mts. nachmittags 2 Uhr
General-Versammlung
bei Koll. Rau (Bürgerstübli)
Tagesordnung:
1. Jahresbericht,
2. Kassenbericht,
3. Ertragsabrechnung,
4. Ausnahmen,
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
der Vorstand.

Fahrradgummi
Mäntel 3.25,
prima Qual. 3.65 u. 4.—,
extra prima 4.25, u. 5.—,
Schläuche extra prima
1.20 und 1.35,
Gebirgsdecken pr. m. 5.—,
extra prima 5.50 u. 5.85.
Fahrräder
billig. Katalog gratis.
Emil Levy,
Hildesheim 147.

Wärzbach.
Verkaufe einen circa 8 Zentner schweren, zur Zucht geeigneten
Farren
Witwe Burkhardt.

Feinsten gebrannten
Kaffee
1/4 Pfund 75 Pfg.
empfiehlt
Karl Gehring,
Lederstraße.
Empfehle mich im
Stricken
von Socken und Strümpfen sowie im Anstricken (Waschine).
Christoph Mohr jr.
Simmozheim.



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt
Musikhaus Curtz,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Arkadenriedleisch-Rohbrücke
Großhandlung Einzelverkauf
Ausführung all. Reparaturen und Stimmen.
Ankauf alter Geigen u. Celli.
Zavelstein.
Garn zum Stricken
von Strümpfen und Socken wird angenommen.
Kathr. Nonnenmann.

Infolge der dringend notwendig gewordenen Umwandlung sämtlicher Versicherungsscheine von Papiermark in Goldmarkversicherungen bin ich 2-3 Tage in der Woche in den Bezirksorten tätig. Jeweils am Mittwoch und Samstag bin ich in Calw zu treffen und bitte ich die Versicherten, die mich persönlich zu sprechen wünschen, ihre Besuche an diesen Tagen vorzunehmen.
Carl Reichert,
Bezirksvertreter
der Württ. Feuerversicherung

Zu verkaufen einige
Sofas und eine Chaiselongue.
(Preiswertes Angebot.)
Fr. Hennefarth, Tapeziermeister, Schulgasse 5 beim Rathaus. Kein Laden.

Zu verkaufen eine starke
Leiter
mit 36 Sprossen, eignet sich auch als Scheuneneiter.
Adolf Braun,
Installationsgeschäft.

Verkaufe
1 Schaf
mit Lamm.
Ulrich Kugele,
Oberriedt

Zu verkaufen:
Drehstrom-Motoren
Kurzschluß, 3PS, fabriken, Kupferwicklg.
Preis 120 Goldmark.
Zur Ausführung
elekt. Licht- u. Kraftanlagen
empfiehlt sich bei billigster Berechnung
Adolf Braun
Installations-Geschäft.

Luchtschnallenstiefel
für Männer S.-Mk. 4.50, Frauen S.-Mk. 3.50,
Filz Schnallenstiefel
für Männer S.-Mk. 7.—, Frauen S.-Mk. 6.—,
Herren-Sonntagsstiefel
S.-Mk. 12.—.
Solange Vorrat reicht bei
J. Knörzer, Calw, Marktpl. 67.
Kein Laden.

Wand-Kalender
mit Markt-Verzeichnis des Bezirks
sind in der Geschäftsstelle ds. Bl.
das Stück zu 10 Pfg. erhältlich.

Größeres Quantum
Altblei
auch in kleineren Posten zu kaufen gesucht.
Eichamt Calw.

Zum Aufbewahren von Möbeln wird per sofort ein leeres, luftiges
Zimmer
zu mieten gesucht.
Schriftl. Angebote sind einzureichen unter N. 16 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Frische Margarine
das Pfund von 60 Pfennig an
Fr. Freudenberger.

Suche einen ordentlichen
Jungen,
der das Kochen lernen will und zu Hause schlafen kann.
Carl Schnaußer,
zum „Aoler“.

Lohnbücher
mit Steuerspalte, in jeder gewünschten Einteilung, fertig schnellstens
U. Delschlägerische Buchdruckerei